

Antrag Nr. 1.1.	Antragsteller: Bezirkserwerbslosenausschuss Berlin
Antragsthema: Ablehnung der Kernpunkte des Hartz-Papieres	
Die Bezirkskonferenz Berlin möge beschließen:	Empfehlung der Antragskommission:
<p>1 Die Bezirkskonferenz lehnt die Kernpunkte des Hartz-</p> <p>2 Papiers entschieden ab:</p> <p>3</p> <p>4 Nachdem im Frühjahr mit dem gezielten Gerücht, es</p> <p>5 wären 1.5 Mio freie Arbeitsplätze vorhanden, der</p> <p>6 Boden bereitet wurde, folgt nun konsequent die</p> <p>7 "Besetzung" dieser weder quantitativ noch qualitativ</p> <p>8 bewerteten Arbeitsplätze.</p> <p>9 Die Bezirkskonferenz bezweifelt grundsätzlich das</p> <p>10 Vorhandensein dieser 1.5 Mio. Arbeitsplätze und</p> <p>11 fordert im Rahmen einer umfassenden Ist-Analyse</p> <p>12 eine strafbewehrte Meldepflicht für alle offenen</p> <p>13 Arbeitsplätze beim Arbeitsamt. Nur so lassen sich</p> <p>14 nach einer statistischen Auswertung dieser Daten eine</p> <p>15 Qualifizierungsoffensive sowie andere notwendige</p> <p>16 Maßnahmen ableiten.</p> <p>17 Die arbeitsmarktpolitischen Vorgaben des Hartz-</p> <p>18 papiers zu PSA (Zeitarbeit) Ich - und Familien-AG</p> <p>19 sowie die Ausweitung der Minijobs werden von der</p> <p>20 Bezirkskonferenz abgelehnt, da sie ausschließlich auf</p> <p>21 die Ausweitung des prekären niedriglohnbezogenen</p> <p>22 Marktsegments zielen:</p> <p>23</p> <p>24 - Zeitarbeit in PSA kann nur dann konkurrenzfähig zu</p> <p>25 tariflich entlohnter Arbeit (und auch Zeitarbeit) sein,</p> <p>26 wenn diese billiger angeboten wird als die Konkurrenz</p> <p>27 auf dem Markt. Damit führen die Ausweitung von</p> <p>28 Zeitarbeit und die Einführung der PSA zu einem</p> <p>29 direkten Druck auf formelle Arbeitsverhältnisse und</p> <p>30 tarifliche Entlohnung. Drehtüreffekte sind unvermeid-</p> <p>31 bar. Bei der PSA beschäftigte Erwerbslose müssen</p> <p>32 auch während der Probezeit ein tarifliches Arbeits-</p> <p>33 entgelt erhalten, so dass ihr Einkommen die Höhe</p> <p>34 ihres individuellen Anspruches auf Arbeitslosengeld/</p> <p>35 Arbeitslosenhilfe erheblich übersteigt. Gewerkschaft-</p> <p>36 liche Urprinzipien wie "gleicher Lohn für gleiche Arbeit"</p> <p>37 müssen eingehalten werden. Erwerbsarbeit ohne Lohn</p> <p>38 wird abgelehnt.</p> <p>39 - Ich-AG's und Familien-AG's erweitern das Feld der</p> <p>40 prekären Arbeitsverhältnisse. Die Zumischung von Ich-</p> <p>41 AG's zu vertraglichen Arbeitsverhältnissen in Hand-</p> <p>42 werkbetrieben im Verhältnis von 1:1 ist ein direkter</p> <p>43 Angriff auf bestehende, formelle Arbeitsverhältnisse in</p> <p>44 diesem Bereich. Es ist davon auszugehen, daß die</p> <p>45 Mehrzahl der Ich-AG's sogenannte 1-Auftraggeber-</p> <p>46 AG's sein werden, und somit Scheinselbständige!.</p> <p>47 Zudem wird bezweifelt, dass Ich-AG's in der Lage</p> <p>48 sind, Schwarzarbeit zu bekämpfen, hier wird auf die</p> <p>49 Berechnung des Magazins plus-minus (ARD vom</p> <p>50 20.08.02) verwiesen.</p> <p>51</p>	

Antrag Nr. 1.1.	Seite 2
Antragsthema: Ablehnung der Kernpunkte des Hartz-Papieres	
<p>52 Arbeitslosigkeit, schließlich gibt es nicht nur im 53 Bereich unselbständiger Tätigkeit, sondern auch im 54 Segment der Selbständigen. Zusammen mit der 55 Befristung der Förderung von Ich-AG´s auf drei Jahre 56 bewirkt dieses Instrument die Privatisierung der 57 Arbeitslosigkeit.</p> <p>58 - Die Mini-Jobs sind nach der letzten 59 Bundestagswahl eingedämmt worden, da sie durch 60 Zergliederung von normalen Arbeitsverhältnissen 61 den Arbeitsmarkt erheblich stören. Eine Ausweitung 62 von Minijobs lehnt die Bezirkskonferenz daher strikt 63 ab.</p> <p>64 - Zu der Frage der Umorganisation der Bundes- 65 anstalt für Arbeit lässt die Einführung neuer 66 Managementmethoden (z. B. die Umorientierung von 67 einer "input"-orientierten auf eine "output" -orientierte 68 Organisationssteuerung) Schlimmes erwarten, die 69 Einführung neuer Entlohnungssysteme und die damit 70 verbundene Herausnahme der BA aus dem BAT 71 lehnen wir jedoch strikt ab.</p> <p>72 - Gänzlich abzulehnen ist die Umkehrung der 73 Beweislast bei der Zumutbarkeit von angebotener 74 Arbeit. Im deutschen Prozessrecht hat sich in den 75 letzten Jahren die Auffassung durchgesetzt, die 76 Beweislast dem prozessual stärkeren 77 Prozessbeteiligten zuzuordnen. Durch die 78 Umkehrung der Beweislast soll "kurzer Prozess" mit 79 den Arbeitslosen gemacht werden. Sofern 80 Erwerbslose keinen gewerkschaftlichen oder 81 versicherungsrechtlichen Rechtschutz besitzen, und 82 das sind nicht wenige, werden diese an der 83 Durchsetzung ihrer berechtigten Interessen 84 gehindert. Die pure Behauptung des Vermittlers 85 "diese Arbeit ist zumutbar", führt dann über eine 86 fehlende Rechtsberatung und das nicht tragbare 87 Prozessrisiko zur Annahme jedweder (auch 88 unzumutbarer) Arbeit. Es sind zudem bereits Fälle 89 bekannt geworden, bei denen das Arbeitsamt 90 jenseits der Zumutbarkeit vermittelt und bei 91 Ablehnung eine 12-wöchige Sperrfrist verhängte 92 Erst durch Urteil wurde festgestellt, dass DM 11.-- 93 Stundenlohn in 4-Schichtbetrieb den Tatbestand des 94 Lohnwuchers erfüllt und diese Tätigkeit daher nicht 95 zumutbar wäre (Sozialgericht Berlin, Urteil vom 96 18.1.2002 Az.: S 58 AL 2003/01 info also 3/02 S. 97 114 ff).</p> <p>98 - Zu der Frage der Quick-Vermittlung ab 100 Kündigung, ist der Erwerbslosenausschuss mit 101 seinen Stadtteilgruppen in der Lage, aus eigener 102 Erfahrung die Situation zu beleuchten:</p>	<p>Empfehlung der Antragskommission:</p>

Antragsthema: Ablehnung der Kernpunkte des Hartz-Papieres

Empfehlung der Antragskommission:

103 Erwerbslose melden sich bereits ab Kündigung oder
 104 erkennbarem Auslaufen eines befristeten
 105 Arbeitsverhältnisses beim Arbeitsamt als demnächst
 106 arbeitslos. Sie werden jedoch vom Arbeitsamt mit
 107 dem Bemerkung nach Hause geschickt "Sie werden
 108 erst in 3 Monaten arbeitslos? Dann kommen Sie
 109 doch in drei Monaten wieder". Eine **passgenaue**
 110 **Vermittlung von Arbeit in Arbeit** ist daher nicht
 111 durch mehr Druck auf Arbeitslose zu erreichen,
 112 sondern nur durch das Bereitstellen von
 113 ausreichenden Kapazitäten zur Vermittlung bei den
 114 Arbeitsämtern.

115 - Die Wirksamkeit von **Jobfloatern** wird bezweifelt! In
 116 internationalisierten Kapitalmärkten fließt Geld immer
 117 dorthin, wo es den größten Nutzen und damit Zinsen
 118 erbringt. Entweder Luxemburger Schwarzgeld
 119 befindet sich bereits wieder in Deutschland (weil es
 120 hier die höchste Rendite erwirtschaftet) oder nicht.
 121 An diesem Sachverhalt wird ein Jobfloater dann und
 122 nur dann etwas ändern, wenn sich die Lukrativität
 123 ändert. Lukrativität ändert sich z. B. durch eine
 124 Steuerbefreiung (bei niedriger Verzinsung) oder eine
 125 Steueramnestie bzw. durch geänderte ökonomische
 126 Rahmenbedingungen; letztere sind jedoch nicht in
 127 Sicht. Die Äußerung des Bundeskanzlers "lieber
 128 Arbeit in Leipzig als Schwarzgeld in Luxemburg"
 129 offenbart eine Taschengeldökonomie auf
 130 Grundschulniveau. Der mögliche Ansatz
 131 Schwarzgeld gegen Steueramnestie sollte jedoch
 132 weiter überdacht werden.

133 - Als innovativer Ansatz wird das **Ausbildungs-**
 134 **wertpapier** erachtet. Jedoch greift dieser Ansatz bei
 135 weitem zu kurz: Korrekt ist der Ansatz **Aus- und**
 136 **Weiterbildungspapier**. Anonyme Spenden, familiäre
 137 sowie betriebliche Wertpapiere sowie eine
 138 Finanzierung über Rabattkarten (payback-Karte),
 139 lassen dieses Instrument interessant erscheinen.
 140 Jedoch darf dieses Instrument nicht dazu führen,
 141 dass die betriebliche und betrieblich bezahlte
 142 Ausbildung zurückgeführt wird.

143 - Zur **Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und**
 144 **Sozialhilfe** hat sich die Hartzkommission in einem
 145 diplomatisch formulierten Formelkompromiss
 146 schließlich nicht geäußert, jedoch wird diese Frage
 147 nach den Bundestagswahlen erneut zur Debatte
 148 stehen. Die Bezirkskonferenz lehnt daher jede
 149 Kürzung bei der Bezugsdauer und Leistungshöhe bei
 150 Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ab.

Beschluss der Bezirkskonferenz Berlin:

Erledigt durch Annahme 1.3. (✓)

Annahme ()

Annahme als Material ()

mit Stimmen

gegen Stimmen

bei Enthaltungen

Abgelehnt

mit Stimmen

gegen Stimmen

bei Enthaltungen

Weiterleitung an:

Bezirksvorstand ()

Landesbezirkskonferenz ()

Landesbezirksvorstand ()

Bundeskongress ()

Bundesvorstand ()